



EDITORIAL

Liebe Leserinnen
und Leser!

Hier ist nun endlich unsere zweite Ausgabe des Lichtenberger Stachels. Auch dieses Mal haben wir viele spannende Artikel zu grünen Themen gesammelt und geschrieben. Mieten und Wohnen ist schon jetzt eines der meistdiskutierten Themen in Berlin und anderen Ballungsräumen. Unsere Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus Katrin Schmidberger und Andreas Otto schreiben auf den Seiten 1, 2 und 8 über die Mietpolitik des Bundes, die Zweckentfremdung von Wohnraum und die Berliner Liegenschaftspolitik. Denn auch im Bundestagswahlkampf wird dieses Thema eine übergeordnete Rolle spielen.

Apropos Bundestagswahlkampf: Am 13. April haben wir unseren Lichtenberger Direktkandidaten gewählt. Bartosz Lotarewicz wird bei der Wahl am 22. September in Lichtenberg für die Grünen antreten. In einem Interview stand er uns Rede und Antwort (S. 8).

Für diese Ausgabe habe wir zudem das Lichtenberger Wohnprojekt La Vida Verde besucht und interessante Einblicke in eine andere Form des Zusammenlebens gewonnen (S. 2). Wir stellen Ihnen unseren Solar-Kocher vor, auf dem Würstchen mit Sonnenstrahlen gegrillt werden können (S. 5) und nehmen sie mit auf einen Kiezspaziergang (S. 7). Und natürlich haben wir noch viele weitere spannende Artikel.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. Über Anregungen, Ideen und Kritik freuen wir uns immer! Schicken Sie uns doch einfach eine Mail an stachel@gruene-lichtenberg.de.
STEFANIE SCHRECKENBACH,
KREISVORSITZENDE

ZUR PERSON



Foto: Hans-Martin Krüger

■ Stefanie Schreckenbach, 24, ist seit Januar Kreisvorsitzende der Grünen in Lichtenberg. Ihr liebster Ort in Lichtenberg ist die Parkaue an einem Sonntag-nachmittag.

GRÜN UNTERSTÜTZEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BERLIN LICHTENBERG
KONTO NR. 2333321221
BLZ 10050000
BERLINER SPARKASSE

Soziale und klimagerechte
Wohnungspolitik

Am 22. September entscheiden die WählerInnen über eine neue Wohnungspolitik oder ein »weiter so«

Berlin ist eine wachsende Stadt. Die aktuelle Bevölkerungsprognose bis 2030 geht von einem Zuwachs von 250.000 Menschen auf dann etwa 3,75 Millionen EinwohnerInnen aus. Diese Perspektive verbindet Berlin mit anderen Großstädten in Deutschland und der ganzen Welt. Gleichzeitig verändern sich die Altersstrukturen in der Bevölkerung und die Anforderungen an Infrastruktur und Wohngebäude steigen.

Aktuell die wichtigste Aufgabe ist der nachhaltige Umbau der Wohngebäude, insbesondere in energetischer Hinsicht. In Berlin schleppt sich die Sanierung der Bestände mühsam dahin. Aktuell werden unter ein Prozent der Gebäude jährlich energetisch saniert. Das ist zu wenig, um den Klimazielen zu entsprechen und den Verbrauch an fossilen Energieträgern radikal zu drosseln. Auch dieses Problem verbindet Berlin mit anderen Regionen in Deutschland und Europa, und das schon seit einigen Jahren.

Rahmenbedingungen ändern

Wenn die Probleme ähnlich sind, müssen die großen Rahmenbedingungen überprüft und geändert werden. Der nächste Bundestag muss speziell das Mietrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und die Regularien im Baugesetzbuch (BauGB) verändern. Weder Schwarz-Gelb noch die Schwarz-Rote »Große Koalition« waren in der Vergangenheit in der Lage, diese Probleme überhaupt erst anzugehen, geschweige denn, sie zu lösen. Es wird unsere Aufgabe sein, in einer Rot-Grünen Koalition im Bund die Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen.

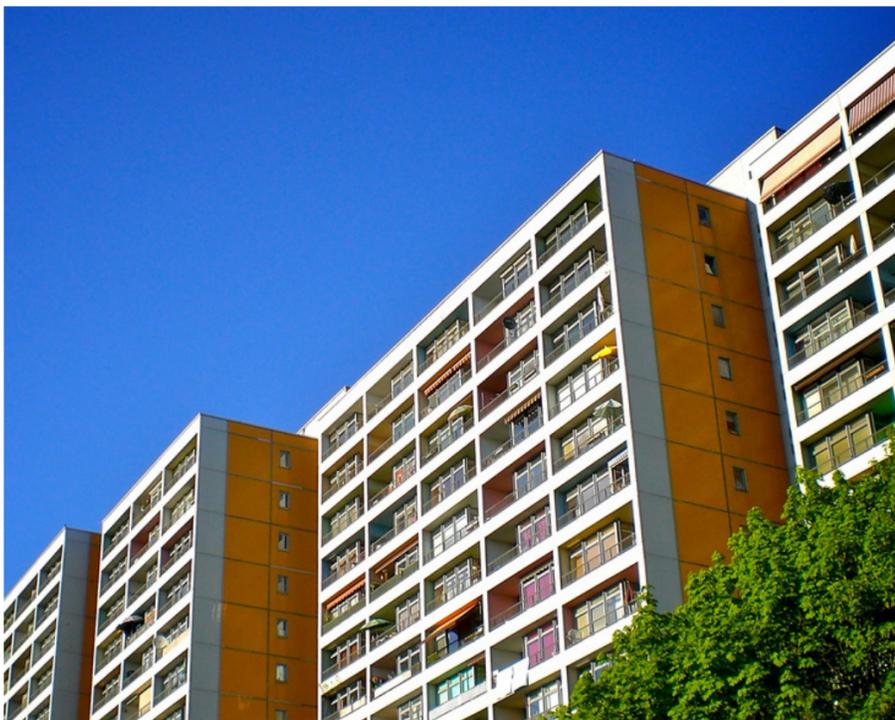


Foto: Robert Athge/flickr.com CC BY 2.0

Mietrecht besser machen

Das deutsche Mietrecht dient dazu, das Verhältnis von VermieterInnen und MieterInnen auszugleichen. Wir wollen konkrete Vorgaben zur energetischen Anpassung der Gebäude für die Zukunft machen. Ein Klimaschutzrahmengesetz soll die Länder befähigen, eigene Fahrpläne zur Sanierung von Gebäuden aufzustellen. Das Stufenmodell aus Berlin von BUND, Mieterverein und IHK wäre dafür eine Vorlage. Damit der Umbau die Mieterschaft nicht überfordert, sollen Mieterhöhungen nach §559 BGB – die sogenannte Modernisierungsumlage – ausschließlich auf energetische Fragen und auf barrierefrei-

eren Umbau verengt werden. Bisher ist es z. B. möglich, Einbauküchen oder Parkett gegen den Willen der Mieterschaft mit 11 % umzulegen. Die 11 % stammen aus einer Zeit höherer Kreditzinsen und können aktuell abgesenkt werden. Wir schlagen dafür maximal 9 % vor. Im Gegenzug zur finanziellen Beteiligung der Mieterschaft an energetischer Modernisierung wollen wir andere Mietersteigerungen, für die es keine Gegenleistungen gibt, deutlich reduzieren. So soll die dreijährlich mögliche Mieterhöhung nach §558 BGB von 20 % auf 15 % abgesenkt und der Zeitraum von drei auf vier Jahre verlängert werden, in dem eine Erhöhung im Rahmen des jeweiligen Mietspiegels möglich ist. Bei der Neuvermietung von

Wohnungen gibt es faktisch kaum Begrenzungen. Der Wucherparagraph oder das Wirtschaftsstrafgesetz (§5) haben z. B. in Berlin keine Wirkung. In angesagten Ortsteilen wird der Mietspiegel schon mal um 30 oder 40 % überschritten, wenn ein neuer Mietvertrag abgeschlossen wird. Diese Auswüchse wollen wir absenken und auf höchstens 10 % über der örtlichen Vergleichsmiete beschränken. Notwendig ist dafür ein zivilrechtlicher Anspruch der einzelnen MieterInnen. Und der muss ins BGB.

Und in Berlin?

Berlin wächst und hat einen angespannten Wohnungsmarkt. Wir brauchen mehr Schutz des beste-

henden Wohnraums und daneben Neubau, besonders für Menschen mit geringen Einkommen. Bereits heute ist es möglich, gesetzliche Regeln zum Erhalt von Wohnraum besser zu nutzen. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss in Erhaltungsgebieten nicht sein. Das kann der Senat verhindern, will er aber nicht. Die Zweckentfremdung durch Leerstand, Abriss oder Gewerbenutzung kann verboten werden. Auch das schafft Rot-Schwarz bisher nicht. Die bestehenden Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Neben der Bestandspolitik brauchen wir in Berlin auch Neubau. Vor allem müssen auch neue Wohnungen für Menschen mit wenig Geld gebaut werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen in Berlin eine neue, eine soziale Wohnungsbauförderung. Neben den landeseigenen Gesellschaften wollen wir auch andere Eigentümer ansprechen. Die Gegenleistung für Fördermittel müssen langfristige Belegungsrechte der Stadt und Mietpreise sein, die Haushalte mit geringen Einkommen nicht überfordern.

Von Andreas Otto



Foto: Privat

■ Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion im Abgeordnetenhaus
Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr,
Bundestagskandidat

Finance Watch

Die Nichtregierungsorganisation kämpft unter anderem in Brüssel gegen die Finanzlobby

Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat ein Umdenken in der Politik ausgelöst, wie nach Jahrzehnten der Liberalisierung der Finanzmärkte und Banken mit diesen umgegangen werden sollte. Das Vertrauen war nach den Exzessen des Finanzsektors dahin und so gründeten am 30. Juni 2011 mehrere Europaabgeordnete die Nicht-Regierungsorganisation (NGO) Finance Watch, die sich mit den Finanzmärkten und deren Regulierung auseinandersetzt.

Der Finanzsektor hat eine wichtige Funktion in unserem europäischen und globalen Wirtschaftssystem: die Bereitstellung von Kapital und Finanzdienstleistungen für produktive Zwecke. Dass die Motivation dazu auf Gewinnen basiert, ist Teil unserer kapitalistischen Wirtschaft. Diese Gewinne sollten aber nicht auf Kosten unserer Gesellschaft gehen. So steht es auch in den Grundsätzen von Finance Watch. Entsprechend dürfen die Risiken von Krediten, mit denen die Finanzwirtschaft verdient, nicht



Bild: Finance Watch

Die globalen Finanzmärkte im Blick

auf die Gesellschaft übertragen werden. Das Ziel von Finance Watch besteht letztlich darin, dass die Realwirtschaft Kapital und Finanzdienstleistungen nachhaltig, gerecht und transparent erhält.

Ein wichtiges Thema ist Transparenz, zu der sich Finance Watch auch verpflichtet hat. Nur dadurch kann Unabhängigkeit gewährleistet werden, die für die Arbeit ei-

ner kritischen NGO wichtig ist. In den internen Wahlstatuten hat sich die Organisation noch mehr gegen fremde Einflussnahme abgesichert. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden, darunter sechs RepräsentantInnen von Mitgliedsorganisationen und drei qualifizierte Einzelpersonen. Alle Bewerbungen neuer, potentieller Mitglieder und sämtliche Spenden und andere Mittelzuflüsse müssen von einem Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit geprüft und genehmigt werden.

Unabhängig und transparent

Er ist das verantwortliche Organ zur Sicherstellung der Unabhängigkeit von Finance Watch und für die Vermeidung von Interessenkonflikten hinsichtlich Mitgliedschaft und Finanzierung. Mitglieder des Ausschusses für Transparenz und Unabhängigkeit sind ehrenamtlich tätig und erhalten für

ihre Leistungen kein Entgelt.

Finance Watch finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse und Spenden und heißt jedwede Art adäquater Finanzierungskonzepte und Ideen willkommen. Zu den aktuellen Finance Watch Geldgebern gehören u. a. die Europäische Union, die Adesium Foundation, die Maecenata Stiftung, Fondation pour le Progrès de l'Homme sowie die Hans-Böckler-Stiftung. Dazu kommen zur Zeit über 500 private Spender. Finance Watch nimmt keine Zuwendungen der Finanzindustrie oder ihrer Lobby entgegen. Alle institutionellen Spenden müssen im Vorfeld vom Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit geprüft und genehmigt werden, um sicherzustellen, dass es sich um eine vorbehaltlose Spende handelt bzw. die Aufgabe und Mission von Finance Watch nicht durch die Spende beeinflusst wird.

<http://www.finance-watch.org>

VON TOBIAS SCHWARZ

LaVidaVerde – Wir bauen unser eigenes Haus

Ein sozial-ökologisches Wohnprojekt entsteht derzeit in der Sophienstraße im Weitingkiez

Mitten im Weitingkiez findet dieser Tage die Grundsteinlegung für das erste »EnergiePlus« Wohnhaus Berlins statt. Das heißt, in diesem Haus wird mehr Wärme und Strom erzeugt, als verbraucht wird.

Vor vier Jahren hatten Daniel, Franz, Janin und Kirsten die Idee vom Hausprojekt LaVidaVerde. Von einem Haus, in dem Menschen ökologisch und solidarisch zusammenleben. Aber wie schafft man es, innerhalb von nur vier Jahren, so ein Projekt auf die Beine zu stellen?

Sozial und Ressourcenschonend

Das Ziel war für die vier Freunde von Anfang an klar: Kein Luxusprojekt für Akademiker, sondern ein ressourcenschonendes Haus mit sozialen Ansprüchen und zu Mieten, die sich auch sogenannte »sozial Schwache« leisten können. Gemeinschaft, Solidarität und Engagement unter Menschen, die eben nicht, im eigentlichen Sinne des Wortes, sozial schwach, sondern sozial stark sind.

So wandten sich Daniel, Franz, Janin und Kirsten zunächst an einen erfahrenen Planer und eine erfahrene Architektin für Hausprojekte und entwickelten mit ihnen einen ambitionierten Zeitplan.

Über Mundpropaganda und Zeitungsanzeigen haben sie dann Gleichgesinnte gefunden. Nach Kennenlertreffen und einigen Kaffees und Kuchen entstand so ein Kern von ca. 10 Leuten und nach einem Jahr haben die zukünftigen HausbewohnerInnen

dann das Gelände in der Sophienstraße 35 gefunden.

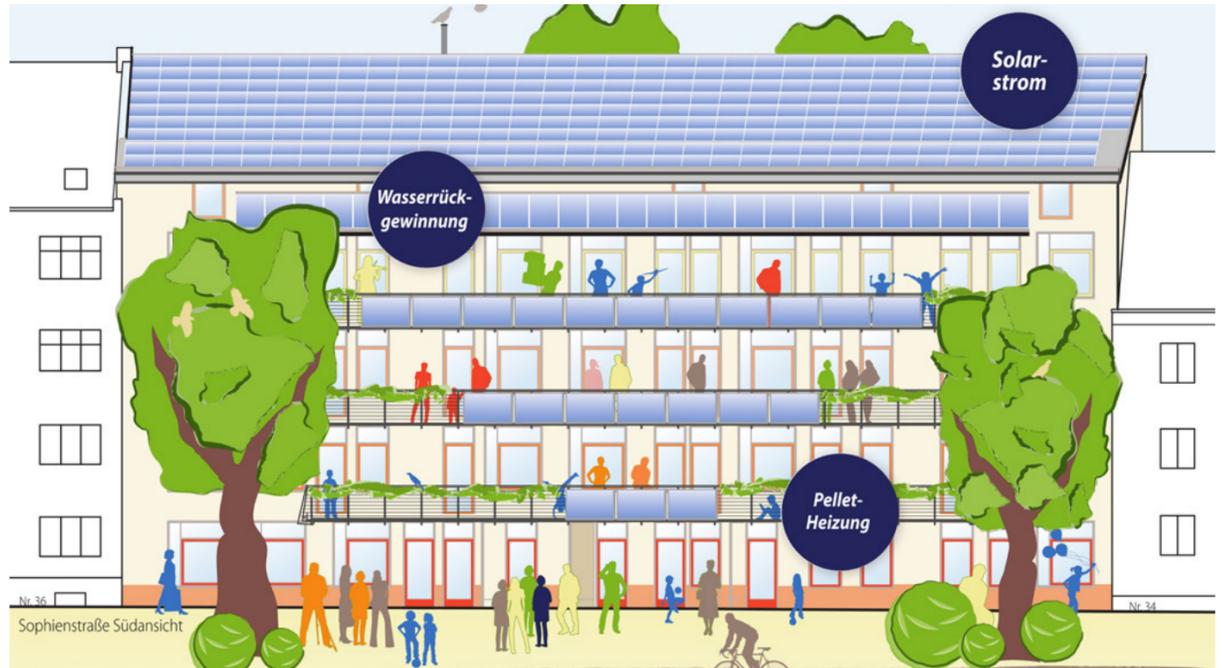
In den vier Jahren waren viele Entscheidungen notwendig, die immer im Konsens getroffen wurden. Das ist natürlich nicht immer einfach, hat aber den großen Vorteil, dass am Ende alle die getroffene Entscheidung mittragen.

Jetzt, in der Umsetzungsphase, stehen besonders viele Entscheidungen an. So gibt es mittlerweile 18 Erwachsene, die sich in zehn Arbeitsgruppen einbringen. Sicher kostet so ein Projekt viel Zeit und Kraft für jeden Einzelnen, aber es ist machbar.

Gerade in Berlin fragt man sich in Zeiten von Wohnungsnot und steigender Mieten, warum es nicht viel mehr derartige Projekte gibt. Die meisten Menschen glauben wohl in erster Linie, dass sie weder die Kraft noch das Geld dafür haben, ein ressourcenschonendes Haus zu bauen, aber LaVidaVerde zeigt, dass allein zehn Leute zusammen unglaublich viel schaffen können. Ein Haus zu bauen, in dem in den nächsten 20 Jahren wahrscheinlich hunderte Menschen leben und in dem die Mietnebenkosten nicht steigen werden.

Mieten statt Eigentum

Das Projekt ist mittlerweile ein Selbstläufer geworden. Zu den Kennenlertreffen kommen sehr viele InteressentInnen und auch die Finanzierung in Höhe von 2,6 Millionen Euro ist abgesichert. Nicht nur über Bankkredite, sondern zu 30 % auch über Direktkredite aus den persönlichen Netzwerken der zukünftigen HausbewohnerInnen.



Grafik: Fehlig, Aßmann (heute@newsgraphic.de) Quellen: webdesignhot, vectorvaco, I. Köhrholz (planung@lavidaver.de)

LaVidaVerde ist Mitglied im Hausprojekt »Miethäuser Syndikat« und es sind übrigens keine Eigentumswohnungen, die hier entstehen, sondern Miet-



wohnungen. Ein Motto des Projekts ist auch »Im Kiez mit dem Kiez«. Gerade das »Forum Weit-

lingkiez« haben die zukünftigen HausbewohnerInnen als breit aufgestellt, hilfsbereit und interessiert zu schätzen gelernt und empfinden den Austausch mit engagierten BürgerInnen in dem Forum als sehr fruchtbar.

Nächstes Jahr bezugsfertig

Die Grundsteinlegung erfolgt im Mai. Anfang 2014 wird das Haus bezugsfertig sein. Für Lichtenberg ist das Faktor-5-Haus ganz sicher ein großer Gewinn. Schülergruppen werden sich vor Ort ansehen können, wie 80 Prozent Ressourceneinsparung bei Wärme, Strom und Wasser funk-

tionieren können. Die Kombination von Photovoltaik (Solar-) Anlagen, Abwasserwiederaufbereitung, Regenwassernutzung und wahrscheinlich einer geräuscharmen Kleinwindanlage mit einer gemeinschaftlich-solidarischen Mieterschaft ist noch einmal in Berlin, wird aber zum Nachahmen wärmstens empfohlen.

Weiterführende Links

Das Hausprojekt:
www.lavidaver.de

Miethäuser Syndikat:
www.syndikat.org

Kontakt Forum Weitingkiez:
forum_weitingkiez@gmx.de

Von Maik Neudorf



Foto: Privat

■ Studierter Sozialwissenschaftler und Basismitglied bei den Bündnisgrünen in Lichtenberg

Bezahlbaren Wohnraum schützen

Schluss mit dem Wildwuchs an Ferienwohnungen in Berlin

Bis zu viermal mehr Miete bekommen Vermieter, wenn sie ihre Wohnung als Ferienwohnung vergeben, also eine Zweckentfremdung von Wohnraum betreiben. Es soll bis zu 18.000 davon geben, die sich vor allem auf das Gebiet innerhalb des S-Bahnringes konzentrieren. Bis Ende 2001 stand das noch unter Genehmigungsvorbehalt. Durch fehlende politische Steuerung in der Wohnungspolitik und den Anstieg der Anzahl der Haushalte ist in Berlin eine Verknappung von Wohnraum – besonders bemerkbar in den unteren Preissegmenten – eingetreten. Daher ist es dringend geboten, dass Wohnraum nicht mehr frei und uneingeschränkt dem Wohnungsmarkt entzogen werden kann. Mit einem gesetzlichen Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum kann die Verringerung des vorhandenen Wohnraumbestandes eingeschränkt werden.

Der Senat blockiert

SPD und CDU haben zwar den MieterInnen Abhilfe versprochen, doch blockieren sie sich bei diesem Thema gegenseitig. Und das obwohl es dazu seit Mai 2011 einen Beschluss des Abgeordnetenhauses gibt. Weil die Zeit drängt, hat die Grüne Fraktion am 31.01.2013 einen eigenen Gesetzesentwurf ins Parlament einge-



Foto: Sascha Clucas

Noch werden die Wohnungen in der Weitingstraße von MieterInnen bewohnt und nicht von TouristInnen

bracht. Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen dem grünen Entwurf und den Ankündigungen des Senats: Weil die Verengung des Wohnungsmarktes insgesamt eine kritische Schwelle überschritten hat, besteht die Notwendigkeit, das Zweckentfremdungsverbot für die gesamte Stadt wieder einzuführen. Angesichts des starken Zuzugs nach Berlin, der positiven Bevölkerungsentwicklung und der weiterhin zunehmenden »Versinglung« der Haushalte, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt noch weiter

anspannen wird. Hamburg hat bei der Beschränkung eines Zweckentfremdungsgesetzes (§9ff. des Hamburger Wohnraumschutzgesetzes) auf einzelne Bezirke bzw. Teile der Stadt negative Erfahrungen gemacht und will daher nun das gesamte Stadtgebiet unter das Gesetz stellen. Berlin sollte daraus lernen. Rot-Schwarz will sich aber lediglich auf die sogenannten Innenstadt-Bezirke beschränken. Bezirke wie Neukölln oder Lichtenberg stehen auch heute schon durch die große Nachfrage unter Druck. Diese Beschränkung wäre auch deshalb nicht ausreichend,

weil dann die Zweckentfremdung von Wohnraum in den benachbarten Bezirken umso attraktiver wird. Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf dagegen werden das Gesetz erst einmal nicht anwenden müssen, weil dort noch keine Zweckentfremdung stattfindet.

Rückwirkende Genehmigung

Unser Entwurf sieht auch eine sog. »unechte Rückwirkung« vor und verlangt damit, dass eine Genehmigung auch für bereits zweckentfremdete Wohnungen beantragt werden muss. Damit

ermöglichen wir den Bezirksämtern, dass gerade die vielen in den letzten Jahren errichteten Ferienwohnungen in den Innenstadt-Bezirken überprüft werden können. Ob eine Genehmigung erteilt wird, soll im Ermessen der zuständigen Bezirksämter liegen. Der Vertrauensschutz wird also nicht generell aufgehoben, sondern im Einzelfall von den Bezirksämtern entschieden. Diese müssen gerichtsfest nachweisen können, dass durch die Zweckentfremdung vorrangige öffentliche Belange (z. B. Kitas) oder schutzwürdige private Interessen (z. B. Existenzbedrohung) das öffentliche Interesse an der Erhaltung des betroffenen Wohnraums nicht überwiegen. Wenn aber Bezirksämter z. B. feststellen, dass andere MieterInnen durch die intensive Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen stark beeinträchtigt werden oder die/die VermieterIn aufgrund der höheren Renditeerwartung systematisch MieterInnen entmietet, können sie auf dieser Grundlage auch rückwirkend die Zweckentfremdung untersagen.

Davon unangetastet bleibt das Recht von EigentümerInnen bzw. MieterInnen, ihre Wohnung temporär zu vermieten, wenn sie z. B. im Urlaub sind. Anders als von der CDU behauptet, werden auch Betreuungseinrichtungen und Kitas besonders berücksich-

tigt. Auch FreiberuflerInnen werden vor einer Existenzgefährdung geschützt. Außerdem liegt laut diesem Entwurf erst dann eine Zweckentfremdung einer Wohnung vor, wenn die/die MieterIn 50 Prozent und mehr ihrer/seiner Wohnfläche zu gewerblichen Zwecken nutzt. Damit wird das Gesetz den besonderen Interessen gerecht und erwirkt gleichzeitig eine wirksame Eindämmung der Vernichtung von Wohnraum. Der rot-schwarze Senat dagegen will – falls das Gesetz Ende April wie nochmals angekündigt kommen sollte – einen Bestandsschutz aller Zweckentfremdungen für zwei Jahre garantieren. Das wäre angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt fatal. In Zeiten, wo wir in Berlin nicht einmal ausreichend finanzielle Mittel für eine neue soziale Wohnraumförderung zur Verfügung haben, sind die Mieterinnen und Mieter auf jede bezahlbare Wohnung im Bestand mehr als angewiesen.

Von Katrin Schmidberger



Foto: Privat

■ Mda, mietenpolitische Sprecherin der AGH-Fraktion

A 100: Sie wollen sinnlos weiter bauen

Der rot-schwarze Senat will mit seiner Verkehrsinfrastrukturpolitik einfach so weitermachen, wie in den letzten Jahrzehnten. Für die Anmeldung zum neuen Bundesverkehrswegeplan will er die nächste Verlängerung der A 100 vom Treptower Park bis zur Frankfurter Allee und die weitere Einbindung zur Storkower Straße anmelden. Betrachtet man die heutigen Rahmenbedingungen, vor allem die Finanzlage von Berlin und dem Bund, so sind solche Wünsche abstrus.

Der 16. Bauabschnitt der A 100 vom Dreieck Neukölln zum Treptower Park ist nach der Abweisung der Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht rechtlich nicht mehr angreifbar und durch Ramsauers Finanzzusage finanziell abgesichert. In letzter Zeit war die A 100-Verlängerung durch die Baubesetzung von Robin Wood und weiterer kleiner Aktionen wieder in den Medien präsent. Allerdings zeigt sich, dass dieses sinnlose Betonprojekt nicht annähernd eine Protestwelle des Ausmaßes von Stuttgart 21 hervorruft. Weitere Aktionen werden sicher parallel zur weiteren Bauvorbereitung folgen, aber leider schwerlich zum Baustopp führen. Dieser könnte nur bei einem sehr guten bündnisgrünen Bundestagswahlergebnis durch ein schnelles und engagiertes Eingreifen einer rot-grünen Bundesregierung möglich werden.

Die selbst ernannten Infrastrukturparteien des rot-schwarzen Senats wollen nach ihrem BER-Desaster und der S-Bahn Dauerkrise mit der A 100 ein Zeichen setzen. Dementsprechend beeilen sie sich bei der Bauvorbereitung auf der A 100-Trasse. Außer den Straßenbäumen und den von Robin Wood besetzten Bäumen in der Neuköllnischen Allee sind alle anderen auf der Trasse gefällt. Die Ruinen der Lauben in den ehemaligen Kleingärten werden, ebenso wie das ehemalige Hütters-Möbellager und die Gewerbegebäude an

der Sonnenallee, demnächst plant gewalzt. Wenn sie schon kein Band durchschneiden können, so wollen Wowerit, Müller und Ramsauer doch wenigstens den ersten Spatenstich bei der A 100 vor der Bundestagswahl zelebrieren.

Verschiebung und Finanzprobleme

Bis zur Fertigstellung wird wohl keiner der Verantwortlichen mehr im Amt sein. Denn der kürzlich verschobene Termin liegt nun Anfang 2022. Nach der letzten groben Planung sollen zwar 2013 auf der gesamten Trasse von Neukölln bis Treptow die Bauarbeiten bzw. Vorbereitungen beginnen und 2017 der Rohbau fertig sein. Allerdings sind die Damen und Herren Betonierer dabei von einem großen Geldregen ausgegangen. Der Goldesel Bundeshaushalt hat auch beim Straßenbau Verdauungsprobleme. Für 2013 und 2014 stellt Ramsauer 80 Mio Euro aus seinem Sonderprogramm für die A 100 zur Verfügung. Danach muss sie aus dem hoffnungslos unterfinanzierten Straßenbauset des Bundes finanziert werden. Im neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 stehen für Neubauprojekte in der ganzen Bundesrepublik jährlich nur noch 500 Mio Euro zur Verfügung. Übrigens wird zu diesem Zeitpunkt für alle bis dahin begonnenen Neubauprojekte noch ein Finanzbedarf von über zwei Milliarden Euro nötig sein. Entweder starten ab jetzt bis 2019 in ganz Deutschland keine neuen Autobahn- oder Bundesstraßenprojekte mehr oder die begonnenen müssen noch weiter gestreckt werden.

Hier zeigt sich das Dilemma beim Bundesverkehrswegeplan und den dazugehörigen Ausbaugesetzen: Es gibt keine Schwerpunktsetzungen. In der Realität buhlt jeder »Landesfürst« oder Wahlkreisabgeordnete um die Gunst des Verkehrsministers, damit sein Projekt gebaut wird und



Grafik: Sascha Clucas

er endlich wieder ein Band durchschneiden kann. Dabei spielen verkehrspolitische Prioritäten für die Bundesebene nur eine untergeordnete Rolle. So kam es, dass Ramsauer mit seiner Finanzzusage für die A 100 der Berliner CDU in den woweritschen Infrastruktur-Senat verhalf und sie weiter stützen will. Dadurch sind die nun fälligen 500 Mio Euro für die A 100 gebunden und können ihre zweifelhafte Verkehrswirkung frühestens in neun Jahren entfalten. Das ist Infrastrukturpolitik von SPD und CDU: möglichst viele, möglichst große Projekte medienwirksam beginnen. Dass dabei viel Geld nutzlos verbrannt wird, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb sollten die Rufe nach einer PKW-Maut auch keinen verwundern, die Herren Banddurchschneider brauchen frisches Geld.

Keine Verkehrswende in Sicht

Im Bundesverkehrsministerium hat man diese Misere durchaus erkannt und im Entwurf des Grundkonzepts für den neuen Bundesverkehrswegeplan mit der Einführung der neuen Stufe »Vordringlicher Bedarf Plus« reagiert.

In diese sollen lediglich Projekte aufgenommen werden, die eine hohe Wirtschaftlichkeit und keine hohen Umweltprobleme aufweisen, sowie zur Beseitigung von Engpässen im bundesrepublikanischen Fernstraßennetz dienen. Also keinesfalls innerstädtische Stauverlagerungsprojekte wie die A 100. Aber die Fachleute im Ministerium müssen im Entwurf auch eingestehen, dass politische Einflüsse die fachlichen Zielsetzungen durchaus verändern können.

Der Hauptfehler des Grundkonzepts besteht darin, dass weiterhin nicht verkehrsmittelübergreifend gedacht wird und klimaschonende Problemlösungen bei der Verkehrsinfrastruktur keine Rolle spielen. So kann es keine Verkehrswende geben.

Wirkungsvolle Beteiligung notwendig

Dank Ramsauers neuer Bürgerbeteiligungsstrategie darf sich die Öffentlichkeit an der Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans beteiligen. Auf der Website des Bundesverkehrsministeriums lief noch bis zum 15. März die Öffentlichkeitsbeteiligung

zum Entwurf des Grundkonzepts zum Bundesverkehrswegeplan. Alle angemeldeten Verkehrsprojekte sollen im weiteren Verlauf des Verfahrens ebenfalls zur Bewertung im Netz zur Verfügung stehen. Dann können die BerlinerInnen auch ihre Meinung zur rot-schwarzen Vorstellung von Stadtentwicklung mit dem Autobahnanschluss vor Friedrichshainer und Lichtenberger Haustüren kundtun.

Allerdings ist bei Ramsauers Befragung zweifelhaft, ob sie zum Verzicht eines Projektes führt, denn es geht nicht um Details sondern nur um die große Linie. Der Senat verzichtet deshalb lieber vollständig darauf, die BerlinerInnen oder das Parlament vor seiner Autobahnmeldung zu beteiligen. Das ist ihm wohl zu viel an Bürgerbeteiligung. Beim Schallschutz an den bestehenden Berliner Autobahnen bremst der Senat auch. So werden Lärmgutachten nur verzögert beauftragt und für Autobahnbereiche, an denen Schallschutzwände benötigt werden, wird an den dafür notwendigen Planfeststellungsverfahren nicht oder nur schleppend gearbeitet.

Besser ist Erhalt vor Neubau

Berlin hat eine ausreichende Infrastruktur! Allerdings ist ihr Zustand zunehmend vom Verfall bedroht. Deshalb muss es vor allem um den Erhalt unserer Straßen und Schienenwege gehen. Große Defizite gibt es bei der Schienenanbindung des neuen Flughafens BER und dem Wiederaufbau bzw. Ausbau von Strecken im Norden und Osten Berlins. Neubauten und Erweiterungen sollte es nur für Maßnahmen geben, die allen BerlinerInnen nutzen, ob sie ein Auto besitzen oder nicht.

VON HARALD MORITZ, MdA, verkehrspolitischer Sprecher der AGH-Fraktion

GRÜNE VOR ORT

01.06.2013, 15-19 UHR

Infostand beim Interkulturellen Staßenfest »Wir im Kiez« Münsterlandplatz

08.06.2013

Mitgliederentscheid zu den Prioritäten des Wahlprogramms Voraussichtlich in der Parkaue (Genauerer rechtzeitig auf unserer Webseite)

10.06.2013, 19 UHR

Mitgliederversammlung (Geschäftsstelle Rudolf-Reusch-Str. 16)

15.06.2013, 14-18 UHR

Infostand bei Viva Victoria Victoriakiez rund um den Tuchollaplatz

08.07.2013, 19 UHR

Mitgliederversammlung

24.08.2013

Infostand beim Wasserfest in der Rummelsburger Buch Teilnahme am Drachenbootrennen

Aktuelle Termine finden Sie unter: www.gruene-lichtenberg.de/termine/

Strom in Bürgerhand

Nachdem bereits über 30.000 BerlinerInnen einen Antrag für ein Volksbegehren unterstützt haben, muss nun die zweite Hürde hin zu einer transparenten und demokratischen Energieversorgung in Berlin genommen werden. Das bedeutet: Jede Unterschrift zählt! Wir unterstützen das Bündnis »Berliner Energietisch« bei der Sammlung von 200.000 Unterschriften für einen Volksentscheid über den Rückkauf des Stromnetzes, die bis zum 10. Juni zusammenkommen müssen.

Kommunale Stromnetze bergen mehrere Vorteile: Die Interessen der BürgerInnen würden endlich wieder prioritär zu den Profitinteressen der großen Stromkonzerne behandelt werden. So ließe sich die Energiewende auch sozial gestalten, denn Strom muss für alle Menschen finanzierbar sein. Das Land Berlin würde von den langfristigen sicheren Einnahmen aus den Netzen ebenfalls profitieren. Durch die dezentrale Versorgung über erneuerbare Energieanlagen aus der Berlin-Brandenburger Region könnte die Stadt bald mit 100 % ökologischem Strom versorgt werden.

In unserer Geschäftsstelle finden Sie Material und Unterschriftenlisten, um den Energietisch zu unterstützen. Unterschreiben können Sie auch in allen Lichtenberger Bürgerämtern.

VON STEFANIE SCHRECKENBACH

Ein Auto für bis zu zehn Nutzer_innen

Stellen Sie sich mal vor – auf der Straße, in der Sie wohnen, wären nur noch halb so viele Autos, statt dessen gäbe es Bänke und Sträucher. Man könnte sich vor dem Wohnhaus zu einem Plausch niederlassen und auch Kinder spielen wieder dort. Eine schöne Vorstellung, oder?

Das geht nicht? Oh doch, es ginge schon, würden wir eine andere Art von Mobilität praktizieren: Weg vom eigenen, hin zum geteilten Auto. Die Zeit ist reif dafür. Immer mehr Menschen leiden unter Verkehrslärm und an Bewegungsmangel, auf vielen Straßen kann man sich nicht aufhalten.

Dabei könnte der öffentliche Raum, Straßen und Plätze, ein Raum für Begegnung sein, auch in Lichtenberg. Städte wie Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg oder Münster machen uns das vor. Bezogen auf die CarSharing-Auto-Quote pro 1000 Einwohner landet Berlin hinter Karlsruhe, Düsseldorf, München und Stuttgart auf Platz fünf. Luft nach oben bleibt allemal: Gerade das gut ausgebaute Netz des öffentlichen Personennahverkehrs macht ein Auto in der deutschen Hauptstadt eigentlich überflüssig und für selten Auto

fahrende sind CarSharing-Angebote optimal.

An einem Strang ziehen

Als die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Anfang der 90er Jahre den Vorschlag machte, auch in Lichtenberg CarSharing-Stellplätze zur Verfügung zu stellen, gab es so geringe Zustimmung, dass dieses Projekt nicht zustande kam. Inzwischen sind auch hier einige CarSharing-Anbieter vertreten. Das fällt vor Ort allerdings nur Eingeweihten auf.

Öffentliche Werbung und über das Stadtgebiet verteilte Stellplätze sind das Eine. Für einen wirklich großen Vorstoß braucht es das Zusammenwirken vieler: Das Bezirksamt könnte den verschiedenen Anbietern Stellplätze zur Verfügung stellen. Wohnungs- und Gewerbeunternehmen könnten mit CarSharing-Anbietern Verträge für eine günstige Nutzung durch Mieter_innen und Mitarbeiter_innen abschließen.

CarSharing und Bauvorhaben

Besonders wichtig wäre es, CarSharing als Bestandteil größerer Um- und Neubauvorhaben in



In Südengland weisen Schilder auf die Möglichkeit des privaten Car-Sharing hin

Foto: Ell Brown CC BY 2.0

Lichtenberg zu entwickeln, insbesondere dort, wo eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr vorhanden ist. Dazu gehören das Bauvorhaben in der Wartenberger Straße neben dem S- und Regionalbahnhof Hohenschönhausen und das Baugebiet an der Mole direkt neben dem Ostkreuz. Von den in Planung befindlichen Wohnhäu-

sern in der Schreiberhauer Straße hat man die Auswahl gleich zu mehreren S-Bahnhöfen. Sehr zu empfehlen wären auch die ehemaligen Studentenwohnheime in der Treskallee, die über eine sehr gute Anbindung an Straßenbahn und U-Bahn verfügen.

Das sind freiwillige Vorhaben, die nicht im Gesetz stehen. Deshalb wird es wohl noch so einiger

Anstöße bedürfen, damit CarSharing als Vorteil gesehen und offensiv vertreten wird.

VON HENRIETTE VAN DER WALL Bezirksverordnete und in den Ausschüssen Ökologische Stadtentwicklung, Umwelt und Gesundheit

Energieforschung ohne Atomausstieg

Die Bundesregierung setzt noch immer die falschen Prioritäten bei der Energieforschung



Fotos von links nach rechts: flickr.com/Michael Kappel CC BY-NC 2.0, flickr.com/-eudoxos- CC BY-NC-SA 2.0, Sascha Clucas

Am 30. Juni 2011 wurde im Deutschen Bundestag die Lehre aus dem GAU von Fukushima gezogen. In der Umsetzung des mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Atomausstiegs kommt die Bundesregierung bis heute über ihren Abschlusplan für Atomkraftwerke nicht hinaus. Atomausstieg ist aber mehr!

Atomausstieg ohne Energiewende funktioniert so wenig, wie Energiewende ohne Atomausstieg. Beides gehört zusammen. Der vollständige Umbau des Energiesystems ist komplex und greift tief in bisherige gesellschaftliche und wirtschaftliche Selbstverständlichkeiten ein. Wissensdefizite werden von (den reichlich vorhandenen!) AnhängerInnen des fossil-nuklearen Energiesystems gerne genutzt, um die Energiewende als nicht mach-

bar darzustellen. In der Tat gibt es viele offene Fragen zum zukünftigen Energiesystem – in gleichem Maß technische Fragen, vor allem zu Speicher- und Netztechnik, wie sozialwissenschaftliche Fragen zu Partizipation und Akzeptanz. Die technologische Herausforderung ist groß. Fast noch größer ist die Herausforderung der gesellschaftlichen Transformation – von passiven StromverbraucherInnen, die sich lediglich ärgern, wenn die Stromrechnung steigt, zur aktiven Energiekultur in einer Zivilgesellschaft, in der Strom nicht mehr eindimensional fließt, Angebot und Nachfrage ständig austariert werden und die Trennung zwischen StromproduzentIn und StromverbraucherIn verschwindet. Die öffentlichen Mittel für Energieforschung in die Beantwortung solcher Fragestellungen zu leiten, entsprä-

che der Kanzlerin-Aussage, die Energiewende sei das »wichtigste Projekt dieser Bundesregierung«. Aber: Fehlanzeige!

Noch immer Fusionsforschung

Forschungspolitik ist in erster Linie Haushaltspolitik. Der Weg des Geldes gibt Auskunft über die Prioritäten der Bundesregierung. Und siehe da: Ungertührt vom beschlossenen Atomausstieg geht mehr als ein Drittel des 2,7 Milliarden Euro schweren 6. Deutschen Energieforschungsprogramms (2011 – 2014) weiterhin in atomare Forschung. Nur 300 Millionen Euro davon fließen in notwendige Sicherheits- und Endlagerforschung. Mit mindestens 600 Millionen Euro wird dagegen die Erforschung von Kernfusion und Transmutation gefördert. Beides Technologien, die bei Anwen-

dung einen Wiedereinstieg in atomare Großtechnologie bedeuten würden. Beides Technologien, die versprechen, was entweder nicht haltbar oder überflüssig ist.

Das finanziell unersättlichste Projekt atomarer Forschung ist die Kernfusion. Sie wird von Deutschland über Euratom in dem internationalen Gemeinschaftsprojekt ITER finanziert, dessen Kosten mittlerweile auf 17 Milliarden Euro geschätzt werden. Die EU trägt davon 45 Prozent. Auch in deutschen Forschungseinrichtungen wird mit öffentlichem Geld an der Kernfusion geforscht, u. a. in Greifswald und Karlsruhe.

Nach mehr als 60 Jahren Fusionsforschung weiß niemand, ob die Kernfusion jemals stabil funktionieren kann. Die sogenannte »Fusionskonstante« sieht den Beginn der Energieproduktion

immer in etwa 30 bis 35 Jahren. Von heute aus also etwa 2050. Falls sie je funktioniert, kommt die Kernfusion also auf jeden Fall zu spät. 2050 ist das Zieljahr des Klimaschutzes: Die industrialisierten Länder werden gelernt haben müssen mit 5 bis 10 Prozent ihrer heutigen CO₂-Emissionen auszukommen. Die Energieversorgung wird 2050 also in einem System der Effizienz zu 100 Prozent aus Erneuerbaren kommen. An plötzlicher »massenhafter« Energie, deren Produktion und Verteilung überdies nicht in das dann bestehende dezentrale System passt, wird kein Bedarf bestehen. Für Länder, die ihre Energieversorgung noch aufbauen, wird die nur in riesigen Zentralanlagen entstehende Energie der Kernfusion finanziell unerschwinglich sein – diese Länder profitieren weit mehr von ausgereiften Technologien zur dezentralen Erzeugung von Strom aus Wind und Sonne. Von übrigens: ohne das Maß der Kernspaltung zu erreichen, enthält auch die Kernfusion ein atomares Risiko und hinterlässt Atommüll, der ein Endlager braucht. Fazit: Hohe Kosten, unnötige Risiken, zweifelhafter Nutzen.

Ziel der Erforschung der Transmutation ist die Verkürzung der Halbwertszeit hoch radioaktiver Abfallstoffe auf etwa 500 Jahre. Es scheint heute eher unwahrscheinlich, dass die diversen notwendigen Prozesse für die Veränderung der Radionuklide je außerhalb des Labormaßstabs funktionieren können. Die entscheidende Frage ist jedoch nicht die nach der Erreichbarkeit des Forschungsziels, sondern ob eine Gesellschaft, die den Atomausstieg beschlossen hat, diese Technologie wollen würde. Auch gelingende Transmutation hinterlässt Reste von Atommüll, die in einem Endlager verwahrt werden müssen. Ohne also die Lösung sein zu können, die sie verspricht, braucht Transmutation alles an

atomaren Anlagen, was wir hinter uns lassen wollen: Schnelle Brüter oder entwickelte Brutreaktoren der sogenannten vierten Generation, Wiederaufarbeitungsanlagen, Brennelementefertigung. Ein Forschungsprojekt, dessen Faszination für Atomforscher nachvollziehbar ist, das aber für eine Gesellschaft jenseits des Atomzeitalters ohne jeden Mehrwert ist. Von der Forschung an der vierten Generation AKW lässt sich die Transmutationsforschung nicht sauber trennen. In der Anwendung macht nur beides gemeinsam wirklich Sinn. Im Gegensatz zu deutschen Forschungseinrichtungen, die an Transmutation arbeiten, sprechen das französische Forscher deutlich aus.

Diese atomaren Forschungen sind völlig aus der Zeit gefallen und reine Geldverschwendung. Finanziert werden sie von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die derzeitige Bundesregierung steigt weder national aus der atomaren Forschung aus, noch zeigt sie Bereitschaft sich auf EU-Ebene für eine Neuausrichtung des Euratom-Vertrages einzusetzen, der als Ziel immer noch die »Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie« beschreibt. Weder das Bekenntnis zum Atomausstieg noch die Energiewende als »wichtigstes Projekt« sind so glaubwürdig. Auch die Energieforschung braucht den Atomausstieg! Auch für dieses Ziel braucht es den Regierungswechsel!

Von Sylvia Kottling-Uhl



■ Mitglied des Bundestages und Sprecherin für Atompolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

BUCHVORSTELLUNG

Das wird Unsa Haus

»Unsa Haus und andere Geschichten« von Ben Böttger und Rita Macedo u. a. in Zusammenarbeit mit dem Anti-Discrimination Future Project

Etwas ist anders in diesem Kinderbuch: Alex möchte LKW-Fahrerin werden, Fatma Astronautin. Danis großer Traum ist es, eines Tages als Balletttänzer auf der Bühne zu stehen. Fredi beginnt Kampfsport zu lernen, um Beschützerin ihrer Freund_innen zu werden.

In sechs illustrierten Kurzgeschichten beschreiben die Autor_innen das Leben von fünf Freund_innen, die gemeinsam in einer Straße wohnen. Herausgekommen ist ein sehr empfehlenswertes Kinderbuch, das alternative Lebensmodelle als fröhliche Realität präsentiert und dafür sensibilisiert, dass unsere Ansichten zu oft normiert sind, gewohnt behaglich, aber exklusiv und das viele andere Lebensentwürfe denkbar und sichtbar gemacht werden müssen. Gewöhnliche Kinderbücher reproduzieren nicht nur gesellschaftliche und vor allem auch geschlechterabhängige Stereotype, sondern tragen zur Konstruktion einer Realität bei, die gerade im jungen Alter Normen erst definiert: Unter dem vermeintlichen

Vorwand der Simplifizierung ist die Welt der Kinderbücher voller rosa Prinzessinnenträumen für Mädchen und »starken«, heterosexuellen Männlichkeitsvorbildern für Jungen.

Es bedarf keiner Erklärung von Dani an seine Freund_innen oder des_r Erzähler_in an die Leser_innen und keiner geschwungenen Toleranzkeule, warum Dani am liebsten Kleider trägt. Damit wird das scheinbar besondere erst gewöhnlich. Normalität ist das, was nicht mehr gesondert erklärt und damit implizit gerechtfertigt werden muss. Auch die bunten Illustrationen unterstreichen dieses Buchkonzept: Geknüpft an geschlechtliche Rollenbilder ist die binäre Mann/Frau bzw. Junge/Mädchen Unterscheidung unsere erste Einordnung anderer Menschen, die wir anhand ihres äußeren Erscheinungsbildes oder Namens vornehmen. Dani, Liam, Fatma, Fredi und Alex, so wie sie abgebildet sind, lassen sich mithilfe dieser Kategorisierungen nicht zuordnen. Aber nicht nur ihr Geschlecht, auch ihre Hautfarbe oder

ihre Herkunft bestimmen weder ihre Vorlieben noch ihre Hobbies oder Träume und spielen für ihre Charakterisierung keine Rolle.

Das Danis Interessen am Ballett und Kleidern im wahren Leben in typischen sozialen Umfeldern wie Kindergarten oder Schule wahrscheinlich das Argument: »Aber du bist doch ein Junge!« entgegengehalten werden würde, kann man sich gut vorstellen. Darum ist »Unsa Haus« nicht nur für Kinder eine Bereicherung, sondern auch für viele Erwachsene, die die Realität nur allzu gern in eine Schablone pressen und den sozialen Druck hineinzupassen intuitiv fühlen. Rollenstereotypen nicht entsprechen zu müssen, bedeutet nicht nur für Liam, Fatma, Alex, Fredi und Dani die Freiheit, sie selbst zu sein. Gleichzeitig verschwindet damit auch ein exklusives Moment, das zu Ausschlüssen und Diskriminierungen bestimmter Personengruppen oder Lebensmodelle führt.

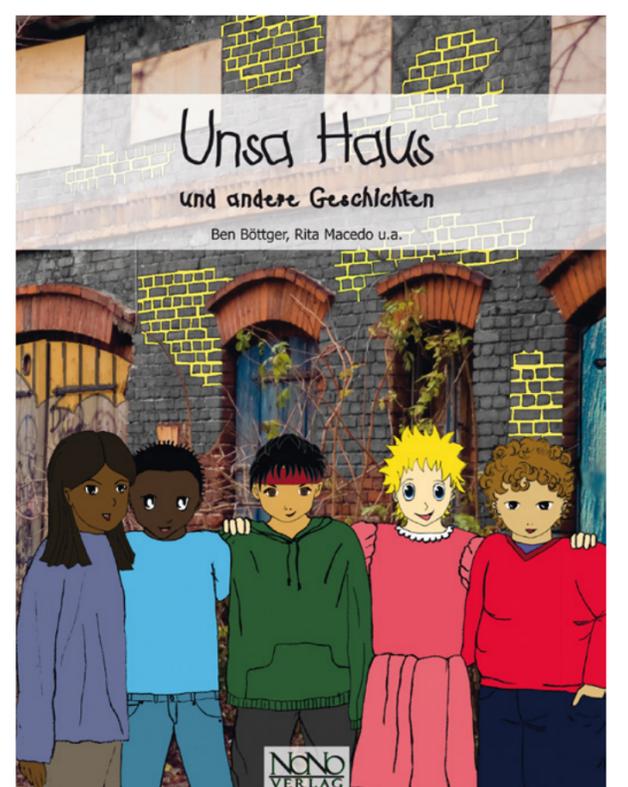
Das Buch ist eine stille Aufforderung, keine Barrieren im Kopf aufzuziehen und bestehende ein-

zureißen. Werte werden nicht über die Mutter-Vater-Kind-Familie vermittelt und sie ist erst Recht nicht der Wert an sich. Wertigkeit hat es, wenn Fatma das ihr verhasste Rüschenkleid ihrem Freund Dani schenkt, der sich immer schon eines gewünscht hat. Wertigkeit hat es, wenn Fredi sich nachts in das für sie sichere Bett der Väter verkriechen kann. Und wertvoll ist es zu wissen, dass egal, was die Zukunft bringen wird, der eine große Wunsch das Zusammenbleiben und –leben der Freund_innen ist. In dem gemeinsamen Haus, in dem Toleranz, Freundschaft und individuelle Freiheit ganz groß geschrieben werden.

Das Konzept des Buches wurde von der Initiative Anti-Discrimination Future Project entwickelt.

Erschienen im NoNo Verlag 2010, 65 Seiten, ISBN 978-3-942471-00-8, nono-verlag.de, 8,90€

VON STEFANIE SCHRECKENBACH



Wie tanken Sie Strom?

Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird ausgebaut



Foto: greenkultur/flickr.com CC BY 2.0

Die Vorteile elektrisch angetriebener Autos liegen auf der Hand. Sie sind im Vergleich zu Autos mit Otto- oder Dieselmotor leiser, bei Einsatz erneuerbarer Energien für das Laden in ihrer Klimawirkung deutlich günstiger und ermöglichen eine größere Unabhängigkeit von Erdöl.

Als Nachteile von Elektroautos werden häufig das weite Netz an Lademöglichkeiten, die Ladedauer, die geringe Reichweite und die hohen Anschaffungskosten genannt. Der Senat möchte das Netz an Lademöglichkeiten in Berlin verdichten und so eine Nutzungsbarriere mindern. Dazu hat er im Herbst 2012 ein Vergabeverfahren zur Errichtung neu-

er Ladeeinrichtungen eingeleitet. Bis Ende 2015 sollen in Berlin ca. 800 Ladeeinrichtungen öffentlich zugänglich sein.

Bereits heute bestehen in Lichtenberg einzelne Lademöglichkeiten, die von RWE oder Vattenfall betrieben werden. So lassen sich am Museum Lichtenberg oder am Allee-Center Ladesäulen nutzen. RWE wirbt damit, an seinen Ladesäulen ausschließlich Strom aus regenerativen Quellen anzubieten. Vattenfall überlässt es den Nutzenden, ob sie an den öffentlichen Ladesäulen grünen Strom tanken.

Alternative Ansätze verfolgen u. a. ubitricity und better place. Ubitricity, eine Berliner GmbH, möchte Ladepunkte auf kosten-

effiziente Systemsteckdosen reduzieren. Die Zähltechnik wird dabei in das mobile Ladekabel integriert. Lichtmasten könnten so als Ladepunkte dienen. Der Ausbau der Ladeeinrichtungen würde beschleunigt.

Better place möchte dagegen ein Netz an Stationen aufbauen, an denen die Batterie innerhalb von fünf Minuten gewechselt werden kann. Dies würde die Ladedauer und die Anschaffungskosten für das E-Auto reduzieren.

Tanken am eigenen Haus

Im Effizienzhaus Plus wird schließlich der Strom für die Autobatterie aus regenerativer Energie im Haus gewonnen. Das Laden erfolgt über Induktionsspulen im Stellplatz und Unterboden des Autos. Überschüssige Energie kann zwischengespeichert oder ins öffentliche Stromnetz abgegeben werden.

Wer über den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Lichtenberg mit Fachleuten diskutieren möchte, kann sich an den Mobilitätsrat wenden. Der Mobilitätsrat ist ein Arbeitskreis zur Mobilität in Lichtenberg. In ihm diskutieren Fachleute mit Bürger_innen und lokalen Akteure_innen über ökologisch sinnvolle und akzeptable Lösungen, um u. a. den jeweils zuständigen Stellen Empfehlungen auszusprechen.

www.mobilitaetsrat.de
VON ROBERT POHLE

Europas Geschäftsmodell korrigieren

Steuergerechtigkeit für Europa

1.000 Milliarden Euro Steuereinnahmen entgehen allen 27 EU-Mitgliedern pro Jahr durch legale und illegale Steuerflucht, sagt der EU-Steuerkommissar Semeta. Steuern auf Vermögen sind in der EU seit 2000 auf gleichbleibend niedrigem Niveau, der Anteil der unternehmensbezogenen Steuern ging in der letzten Dekade um über 15 % zurück, der Anteil der Kapitalertragsteuern um rund 10 %. Der Binnenmarkt hat die Grenzen für Unternehmen und Kapital zu Fall gebracht, aber die Steuersysteme sind national geblieben. Deshalb ist heute fast jedes Land in der EU die Steueroase eines anderen: ob niedrige Unternehmensteuern in Irland, Holding-Privilegien in Zypern und den Niederlanden, Europas Geschäftsmodell braucht eine Korrektur.

Deshalb sind wir Grüne für einen europäischen Steuerpakt: Zusammen statt gegeneinander arbeiten, für Steuergerechtigkeit in Europa. Denn es darf nicht sein, dass gerade die besonders reichen Privatleute und die großen Konzerne Steuerschlupflöcher ausnutzen, während die Normalverdiener und mittelständische Unternehmen die regulären Steuern bezahlen. Der Steuerpakt ist eine Frage der Gerechtigkeit und außerdem ökonomisch notwendig. Um zukunftsfähig zu werden braucht es Investitionen z. B. in Bildung und Infrastruktur. Aber selbst mit allem politischen Willen und einer funktionieren-

den Steuerverwaltung sind Krisenländer wie Griechenland allein zu schwach, um sich gegen Steueroasen nebenan durchzusetzen. Deshalb ist ein gemeinsames europäisches Vorgehen so wichtig.

Unser Steuerpakt hat vier Teile: Erstens schließen wir Steueroasen durch die Abschaffung des Bankgeheimnis. Wir wollen den umfassenden automatischen Informationsaustausch der Behörden, eine gemeinsame Definition für Niedrigsteuergelände und Strafsteuern für Transfers dorthin. Angesichts der Schuldenkrise bauen wir zweitens mit unserer grünen Vermögensabgabe 100 Milliarden Euro Schulden ab. Durch eine Abgabepflicht für das eine Prozent der vermögendsten Deutschen ist sie sozial. Sie ist wirtschaftlich verträglich, weil sie die Nachfrage nicht reduziert und auch von Unternehmen aus ihren Zinsen gezahlt werden kann. Nach diesem Vorbild wollen wir Vermögensabgaben EU-weit koordinieren, als Grundlage für einen europäischen Schuldentilgungspakt.

Drittens brauchen wir eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung. Damit Profite nicht mehr verschoben werden können, sollen sie nach klaren Kriterien wie Angestellten und Wertschöpfung dort besteuert werden, wo sie mithilfe regionaler Infrastruktur erwirtschaftet werden. Ein Mindeststeuersatz für Unternehmen von 25 % verhindert Dumping. Viertens machen wir die Besteuerung von Ressourcen europaweit gerechter, z. B. durch höhere Mindestsätze in der Energiesteuererrichtlinie und weniger Ausnahmen. Weiterhin kämpfen wir für eine Finanztransaktionssteuer in verstärkter Zusammenarbeit der EU. Sie macht häufige Umschichtungen weniger attraktiv, langfristige Investments lohnen eher.

Dieser Steuerpakt stellt Fairness in der Marktwirtschaft wieder her. Denn die ist verletzt, wenn die ganz großen Konzerne wie Google, Apple, Starbucks nur 5 % Unternehmenssteuern zahlen, während der Mittelstand 30 % zahlt. Innovation wird gehemmt, wenn Unternehmen mit neuen Ideen nicht nur gegen die Marktmacht, sondern auch gegen die de-facto Subvention der roßen ankämpfen müssen. Eine Bundesregierung, die dagegen die heilsame Wirkung des Steuerwettbewerbs propagiert, handelt nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch unklug. Europas Geschäftsmodell lässt sich nur mit einer neuen Regierung korrigieren. Die Tage bis dahin zählt der www.abwaelkender.de.

Von Lisa Paus



MdB, finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

Solartee und Sonnenwurst

Wie man die Kraft der Sonne in eigenen Garten nutzen kann

Beim letzten Solaren Sonnenabend im August 2012 hatte er Premiere, der Solarkocher Premium 14. Mit ihm haben wir mit der Kraft der Sonne Wasser für grünen (Solar-)Tee zum Kochen gebracht und vegetarische (Sonnen-)Bratwürste gegrillt. Viele BesucherInnen waren neugierig und wollten wissen, wie so ein Solarkocher funktioniert und was man damit alles anstellen kann. Einige Antworten gibt Ihnen dieser Artikel.

Zunächst einmal ist ein Solarkocher nichts anderes als ein drehbarer Parabolspiegel, mit einem Gestell in der Mitte, der aus einem reflektierenden Material besteht. Ein Parabolspiegel hat die nützliche Eigenschaft, dass alle Sonnenstrahlen, die von vorne auf ihn treffen, zu einem gemeinsamen Punkt in der Mitte des Spiegels reflektiert und dort gebündelt werden. Diese Eigenschaft machen sich z. B. große Radioteleskope zu nütze, die damit Radiowellen aus dem Weltall durch die Bündelung auf einen Punkt so verstärken, dass man damit weit ins All »hören« kann. Sie kennen diese sicher auch in Form einer Satellitenschüssel zum Empfang von Fernsehsignalen.

Bei einem Solarkocher werden jedoch keine Radio- oder TV-Signale, sondern Sonnenstrahlen, gebündelt, die Ihre Wärmeenergie an das Objekt im Fokus abgeben, wie z. B. einen Topf oder eine Pfanne. Befördert wird dieser Vorgang dadurch, dass das Gefäß die Sonnenstrahlen möglichst gut

absorbiert und die Wärme aufnimmt, statt die Strahlen erneut zu reflektieren. Dazu eignen sich besonders mattschwarze Metalloberflächen. Richtet man den Parabolspiegel genau in Richtung der Sonne aus und führt den Solarkocher der Bewegung der Sonne nach, so lässt sich durch die hohen Temperaturen im Brennpunkt kochen oder grillen.

Das Nachführen geschieht etwa alle 15 bis 25 Minuten, wobei die genaue Ausrichtung auf die Sonne recht einfach ist.

Da der Brennbereich innerhalb des Spiegels liegt, ist ein versehentliches Verbrennen und Blenden leicht zu vermeiden – will man Umrühren oder ist das Essen gar, wird der Reflektor mit einem leichten Handgriff geschwenkt, so dass der Topf im Schatten steht.

Und all dies ganz ohne Qualm und Rauch, ohne Holzkohle und Streichhölzer. Den typischen Holzkohlegeruch der sich beim Grillen oft in der Kleidung festsetzt muss man mit einem Solarkocher nicht mehr fürchten.

Auch im Winter einsetzbar

Wichtig ist allein ein möglichst wolkenloser Himmel, weniger die Außentemperatur. Auch an klaren, sonnigen Wintertagen bei Minusgraden lässt sich die Sonnenenergie direkt nutzen. Die Leistung hängt dabei direkt von der Größe ab, also dem Durchmesser des Parabolspiegels. In unserem Fall beträgt der Durchmesser 1,4 m und kommt damit auf eine Leistung von 600 bis 700 Watt, womit man 3 Liter Wasser

innerhalb von 25 Minuten zum Kochen bringen kann. Ab einer Stunde nach Sonnenaufgang bis eine Stunde vor Sonnenuntergang lässt sich der Kocher nutzen.

Einsatz in Afrika

Ursprünglich entwickelt wurde der Solarkocher von Dr. Ing. Dieter Seifert vom Verein EG-Solar. Ziel der Entwicklung war, dass sich mit Solarkochern eine Reihe von Problemen lösen ließen, wie sie in vielen Ländern Afrikas vorhanden sind. So sollen Frauen und Kinder in Ländern mit Brennstoffmangel von der alltäglichen Arbeit des Holz sammelns und des gesundheitsschädlichen Rauches herkömmlicher Kocher entlastet werden. Hierdurch würde auch der Baumbestand geschützt und statt abgestorbene Teile der Vegetation zu verbrennen, können diese als Dünger der lokalen Landwirtschaft dienen. Statt stundenlang Brennholz zu sammeln können Kinder in die Schule gehen und Frauen die gewonnenen Zeit für andere Aufgaben nutzen. Durch die einfache und solide Konstruktion können die Kocher in den Ländern vor Ort eigenständig hergestellt, montiert und gewartet werden, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden können. So überzeugte das Konzept des Einsatzes von Solarkochern auch die Jury des Utopia Awards im vergangenen Jahr, wo der Solarkocher als nachhaltigstes Produkt 2012 ausgezeichnet wurde.

Aber nicht nur zum Kochen oder Grillen lässt sich ein Solarkocher verwenden, sondern auch



Ob Sommer oder Winter: Im Sonnenschein lassen sich Würstchen grillen oder Tee zubereiten. Fotos: Sascha Clucas

zum Abkochen und damit Desinfizieren von Wasser, zum Backen oder zur gewerblichen Nutzung in Färbereien, zur Saftproduktion etc.

Die Kraft der Sonne

Ein Solarkocher ist ein eindrückliches Beispiel für die Kraft der Sonne, die an anderer Stelle dazu beitragen kann die Energiewende zu vollbringen. So wird in Südeuropa und Nordafrika schon heute durch Parabolrinnenkraftwerke Strom gewonnen, indem im Brennpunkt langer Parabolrinnen ein Spezialöl in einer Glasröhre auf mehrere Hundert Grad erhitzt wird. Dieses Öl erhitzt in einem

zweiten Schritt Wasser so weit, dass Dampf entsteht, der wiederum in herkömmlichen Dampfturbinen durch einen Generator Strom erzeugt. Aber auch in Form von Solarkollektoren auf Hausdächern dient die Sonnenenergie schon heute vielfach der Erwärmung von Wasser, z. B. für die Heizung von Gebäuden.

Möchten auch Sie unseren Solarkocher in Aktion erleben, schauen Sie einfach regelmäßig unter www.gruene-lichtenberg.de/termine/ nach oder schicken Sie uns eine E-Mail. Wir informieren Sie dann gern darüber, wann wir mit dem Kocher wieder vor Ort sind. Mit Sicherheit werden Sie auch

beim diesjährigen Solaren Sonnenabend wieder die Gelegenheit haben, einen Schluck leckeren Solartee oder eine Sonnenwurst zu probieren.

Von Sascha Clucas



Kreisvorsitzender und Bürgerdeputierter im Ausschuss für Rechnungsprüfung, Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste und Verwaltungsmodernisierung

Inklusion

Pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung der ...



... Vielfalt in der Bildung und Erziehung ist

Foto: Gisela Peter / pixello.de

In der 2006 beschlossenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten. Ein gemeinsamer Unterricht von Schüler_innen mit und ohne Behinderung soll der Regelfall sein. In Berlin startet der inklusive Unterricht mit den Grundschulen zum Schuljahr 2014/15, die Sekundarschulen folgen ein Jahr später.

Erhebliche Defizite in der Umsetzung

Aber wie sind Berlins Schulen, Lehrer_innen und Schüler_innen vorbereitet? Erhebliche Defizite hat die Vereinigung der GEW-Schulleiter_innen aktuell in den Empfehlungen für die Inklusion ausgemacht. Stimmt das oder entsprechen die Lehrer_innen nur wieder dem Vorurteil, sie würden an allem etwas auszusetzen haben?

Normalerweise scheuen sie keine kritischen Worte – die Schulreform wurde weitestgehend mitgetragen, Nachbesserungen vorgetragen und umgesetzt. Trotzdem hat man zur Zeit das Gefühl, dass gerade das Thema Inklusion für Ärger sorgt, sich aber keiner traut, dies offen anzusprechen.

Etwa eine halbe Million Kinder und Jugendliche in Deutschland sind Menschen mit Behinderung und davon besuchen nur ca. 22 % eine reguläre Schule. Im internationalen Vergleich hinken wir hier mächtig hinterher – dort sind durchschnittlich 85 % der Kinder integriert. Immerhin befindet sich Berlin im Bundesdurchschnitt aber mit auf dem Spitzenplatz. Denn hier sind bereits 43,9 % aller Schüler_innen mit Behinderung integriert. Und doch wissen wir: Zahlen sagen oft nichts über die Realität aus. Inklusion bedeutet für die Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen auch große Irritation. Alle befürworten die Reform, die Umsetzung stellt sich

aber als schwierig dar. Die Angst steigt, Kindern mit Förderbedarf nicht gerecht zu werden und dann in den Verruf der Diskriminierung zu geraten.

Da stellt sich natürlich auch die Frage: Werden die Lehrer_innen genügend unterstützt, ausgebildet und auch gefördert? Die Inklusion ist ein Großbauprojekt gleichzustellen. Als Ergebnis haben wir dann zwar kein neues Haus, sondern einen Ort wo alle Kinder gemeinsam lernen dürfen, unter dem Motto: Vielfalt macht stark oder es ist normal verschieden zu sein.

Aber für die erfolgreiche Umsetzung eines Projektes benötigt man zuerst eine Strategie und eine Bedarfsanalyse. Und hier kommen wir zum ersten Mal ins Stolpern. Wer bei Schüler_innen mit Behinderung nur an Rollstühle und Hörgeräte denkt liegt falsch, denn ungefähr 70 % der Schüler_innen mit Förderbedarf haben erhebliche Probleme beim Lernen, mit der Sprache und der sozialen sowie emotionalen Entwicklung. Meist sind diese Verhaltensauffälligkeiten Folgen von Armut und Vernachlässigung. Das zeigt uns deutlich, wie komplex das Thema Inklusion ist.

Schulen müssen vorbereitet werden

In der Schule anzusetzen ist dann fast schon wieder zu spät und es ist eigentlich unmöglich, Pädagog_innen diese Verantwortung vollständig überzustülpen. Mindestens aber ist es erforderlich, die Schulen entsprechend vorzubereiten – und das sofort. Eine durchgängige Doppelbesetzung von Lehrer_innen sollte in den Integrationsklassen Standard sein, doch das will kein Bundesland umsetzen. Die Begründung ist oft: die Kinder sollen gemeinsam lernen. Aber so wälzt die Schulbehörde die Verantwortung auch noch auf die Kinder ab, anstatt mit genügend Bezugspersonen den Schüler_innen die Möglichkeit zu geben, Inklusion selber zu gestalten und umzusetzen.

Hinzu kommt auch, dass Lehrer_innen meistens nicht gelernt

haben Schüler_innen mit Behinderung zu unterrichten. Im Schnellverfahren sollen sie nun geschult werden – 5 Tage und danach sind sie fit? Das geht natürlich gar nicht. Aber erinnert uns das nicht auch etwas an die Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL)? Hier konnten die Lehrer_innen freiwillig an einer Schulung teilnehmen – genau eine Woche. Mittlerweile hat sich ja herumgesprochen, dass immer mehr Schulen JÜL wieder abschaffen – nur mit der Inklusion geht das nicht so einfach.

Inklusion muss sich entwickeln

Mit der Inklusion haben wir eine große Verantwortung übernommen, den Schüler_innen und Lehrer_innen gegenüber. Wir dürfen es nicht zulassen, uns dem Zwang nach Erfüllung zu unterwerfen. Inklusion muss vorbereitet werden und Inklusion darf sich auch entwickeln. Wir können hier kein fertiges Konzept zur Umsetzung vorlegen, es geht hier um Kinder, Lernen, Miteinander und Verantwortung – aber wir müssen eine solide Grundlage schaffen, um dann sagen zu können:

»Egal ob reich, ob arm, ob mit Behinderung oder ohne, ob schnell, ob langsam – Schule ist ein Ort für Jeden und Jede und sie ist der Platz wo die Zukunft unserer Gesellschaft gestaltet wird.«

Von Camilla Schuler



Foto: Rainer Kurzecker

■ Stellvertretende Vorsteherin der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und in den Ausschüssen Schule und Sport, Kultur sowie Eingaben und Beschwerden und Mutter zweier schulpflichtiger Kinder

Wirtschaft und Arbeit

Die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk kommt langsam voran

Der Winter ist vorbei und alles wird wieder grün. Aber auch Veränderungen im Bezirk sind kaum zu übersehen. Häuser werden saniert, neue Bauvorhaben und Investitionen geplant. Es mag eine subjektive Sichtweise sein, aber der politische Wechsel im Bezirk 2011 wird auch an diesen Veränderungen immer sichtbarer. Natürlich sind diese nicht immer frei von Bedenken. Aber jede Veränderung in einem System verändert das ganze System. Die Aufgabe der Politik ist es, diesen Prozess kritisch zu begleiten und dafür zu sorgen, dass möglichst alle Interessen, sowohl der Bürger_innen und der Investor_innen aber auch die Umweltaspekte in Einklang gebracht werden. Denn nur so können wir eine nachhaltige Entwicklung auch in unserem Bezirk gestalten. Dass dies nicht immer leicht ist, dürfte kein Geheimnis sein.

Standortmarketing

Berlin ist bundesweit eher nicht als ein Industriestandort bekannt. Was lange nicht heißt, dass es in Lichtenberg keine Industrie gibt. So ist bspw. das »Lichtenberger Unternehmen des Jahres 2012« PanTrac GmbH weltweiter Marktführer bei der Herstellung von Kohleschleifleisten. Bei der Standortbetrachtung geht es aber viel mehr um Imagefragen und die Wahrnehmung des Standortes an sich. Und der Wettbewerb unter den Berliner Gewerbegebieten ist auch nicht zu unterschätzen. Somit müssen wir künftig verstärkt durch aktives Standortmarketing dafür sorgen, dass sich Unternehmen im Bezirk gerne ansiedeln. Für die wirtschaftliche Entwicklung gilt für uns zudem auf der einen Seite die Förderung der Ansiedlung von produzierendem Gewerbe, aber auch aktive Maßnahmen zur Förderung der Kreativwirtschaft. Hierzu werden wir mit den Zählgemeinschaftsfraktionen in den nächsten Monaten Antragsinitiativen starten, um innovative Lösungen »made in Lichtenberg« zu unterstützen.

Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel

Aus vielen Gesprächen mit Unternehmer_innen im Bezirk erfahre ich, wie schwierig es teilweise ist, gute Fachkräfte in Berlin zu halten. Nach ein paar Jahren entscheiden sich viele in den Süden der Republik zu ziehen. Auf der anderen Seite haben wir das Problem der Jugendarbeitslosigkeit, dem wir im Bezirk aktiv entgegenwirken wollen. Hierzu haben wir im Bezirkslichen Bündnis für

Wirtschaft und Arbeit (BBWA) für das Projekt »Jugend in Arbeit« votiert, welches in den kommenden Jahren alle Maßnahmen im Bezirk koordinieren soll, um den Berufseinstieg der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aktiv zu unterstützen. Zudem arbeitet Lichtenberg seit Jahren mit den ansässigen Hochschulen zusammen, um den Wissenstransfer zwischen der Wissenschaft und der Praxis zu fördern. Auch aus diesem Grund haben wir Bündnisgrüne uns dafür stark gemacht, dass alle Veranstaltungen der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) weiterhin am Standort Lichtenberg angeboten werden. Erfreulicherweise sind alle Fraktionen unserem Antrag gefolgt. Wir hoff-

zirk zu versiegeln, sondern auch alternative Nutzungen (u. a. Landwirtschaft, Parks) in Betracht zu ziehen. Zur Lebensqualität in den Kiezen gehören nicht nur ausreichende Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch Freiflächen, die neben Erholungsmöglichkeiten auch fürs Mikroklima und Frischluft sorgen.

Infrastruktur

Die wirtschaftliche Entwicklung hat zur Folge, dass auch die Verkehrsinfrastruktur mit dieser Entwicklung mithalten muss. Eine innovative und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur kann sich jedoch aus unserer Sicht nicht ausschließlich auf den Straßenbau



Foto: flickr.com/AvesNow! CC BY-SA 2.0

fen, dass Lichtenberger Unternehmen die Zusammenarbeit mit den Hochschulen künftig verstärken werden, um auch frühzeitig den Fachkräftenachwuchs zu fördern.

Gewerbegebiete

Wir haben im Bezirk viele Gewerbebestände, die sich in den letzten Jahren nicht so entwickelt haben, wie man sich das erhoffte. So beauftragten die Fraktionen der Zählgemeinschaft das Bezirksamt zu prüfen, welche Standorte in eine andere Nutzung umgewandelt werden können. Dabei war uns Grünen insbesondere wichtig, mögliche Umwandlungen nicht ausschließlich auf Wohnbebauung zu beschränken. Es kann aus unserer Sicht nicht das Ziel sein, möglichst viele Flächen im Be-

konzentrieren. Es gilt immer noch: Wer Straßen baut, der wird Verkehr haben, inklusive Staus, Lärm- und Umweltbelastungen. Es muss also auch im Interesse der Unternehmen sein, Lösungen wie den Ausbau der Schienenverbindungen - zu fordern, die nachhaltige Produktion und Transport fördern und so auch Standort- und Kostenvorteile sichern.

Wir werden uns weiterhin für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bezirk einsetzen, damit neue Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen. Es ist aber im Interesse von uns allen, dass dies eine nachhaltige Entwicklung ist. Darauf werden wir bei allen Entscheidungen ein besonderes Augenmerk richten.

VON BARTOSZ LOTAREWICZ
Ausschussvorsitzender

IMPRESSUM

LICHTENBERGER STACHEL

HERRAUSGEBERIN

Bündnis 90/Die Grünen Berlin Lichtenberg
Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin
www.gruene-lichtenberg.de

REDAKTIONSKONTAKT

stachel@gruene-lichtenberg.de
V.I.S.d.P.: Sascha Clucas
Grundlayout: Christin Franke, www.caenieve.com
Gestaltung und Satz: Sascha Clucas
Druck: Henke Pressedruck
Auflage: 5000

Gedruckt in Berlin Lichtenberg

AUTORINNEN/MITARBEITERINNEN DIESER AUSGABE

Elke Böttcher, Anna Cavazzini, Maik Clucas, Sascha Clucas, Sylvia Kotting-Uhl, Bartosz Lotarewicz, Monika Mews, Eva Molau, Harald Moritz, Maik Neudorf, Andreas Otto, Robert Pohle, Katrin Schmidberger, Stefanie Schreckenbach, Tobias Schwarz, Camilla Schuler, Henriette van der Wall

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Berlin Lichtenberg wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige AutorIn die Verantwortung.



Foto: Monika Mews

Vom Betondorp und vom Sewansee

Was die Straßennamen der Plattenbauten in Friedrichsfelde-Süd erzählen

Nähezu jedeR, ob es BerlinerInnen oder TouristInnen sind, betrachtet »Plattenbauten« als eine Erfindung der DDR oder der Sowjetunion. Dem ist nicht so. Nach anderen Wegbereitern der Betonbauweise wurde 1921 in Amsterdam diese industrielle Bauweise erprobt. Das »Betondorp« kann man noch heute besichtigen (Foto rechts).

Der Beginn industriellen Bauens

In Berlin unterstützte Martin Wagner (von 1926 bis 1933 SPD Stadtbaurat) den sozialen Wohnungsbau durch die Einführung der Hauszinssteuer. Er förderte die Idee des industriellen Bauens und fuhr auch nach Holland, um sich über diese neuartige Bauweise zu informieren. In Deutschland



Foto: Monika Mews

Betondorp in Amsterdam

entstanden 1927 nach dem holländischen System die ersten Wohnungsbauten aus Betonplatten, die Kriegerheimstätten-Siedlung in Friedrichsfelde.

Die Platten wurden aus Eisenbeton, Kiesbeton, trockener Schlacke und einer nagelbaren Schlackebetonenschicht vor Ort gegossen. Eingelegt wurden die Fensterrahmen, eine Eisenbewehrung und Verbindungsschlaufen. Nach ca. 8-10 Tagen waren die Platten soweit getrocknet, dass mit ihnen weitergearbeitet werden konnte. Sie wurden mit einem Spezialkran aufgerichtet und durch die Schlaufen verbunden. Das Dach hingegen wurde gemauert.

Für Kriegsversehrte gebaut

Die Wohnungen waren vorrangig für Kriegsversehrte vorgesehen. Auch die anliegende Straße war bis 1951 ebenfalls nach der Kriegerheimstätten-Siedlung benannt. Am 31.05.1951 wurde sie dann in »Splanemannstraße« umbenannt

und damit gab es die Splanemannsiedlung.

Der Namensgeber war der Berliner Metallarbeiter Herbert Splanemann, der in der heutigen Marie-Curie-Allee wohnte und Mitglied der KPD war. Im Zweiten Weltkrieg gehörte er einer illegalen KPD-Betriebsgruppe in den Teves-Werken in Berlin-Wittenau an, die Kontakt mit der Gruppe um Anton Saefkow hatte. Er wurde im Dezember 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Vor einigen Jahren wurden die Häuser denkmalgerecht saniert (Foto oben) und befinden sich heute in Privatbesitz.

Sewanstraße und Sewansee

Nur durch die Sewanstraße getrennt, befinden sich die Platten-



Foto: Monika Mews

Der Sewansee in Armenien

bauten, des in den 1960er Jahren errichteten Hans-Loch-Viertels, die heute den Stadtteil Friedrichsfelde-Süd ausmachen.

Mehrere Straßen sind dort nach Seen aus aller Welt benannt – so wurde 1992 die Hans-Loch-Straße in Sewanstraße umbenannt. Der Sewansee befindet sich fast 2000 m über dem Meeresspiegel im Südkaukasus, in Armenien. Durch zu viel Wasserentnahme seit den 1930iger Jahren war der

Wasserspiegel um mehr als 20 m gesunken. Ein ursprünglich auf einer Insel gebautes historisches Kloster steht nun auf einer Halbinsel.

Seit einiger Zeit gibt es jedoch Pläne zur Rettung des Sees. Pro Jahr steigt der Wasserspiegel mittlerweile wieder um ca. 8 cm, jedoch gibt es nun steigende Verschmutzungen durch industrielle Anlagen in der Umgebung.

Stadtführungen mit Monika: www.laufend-neues.de

Von Monika Mews



Foto: Privat

Europapolitik ist Innenpolitik

Die Europäische Union ist für viele eine alltägliche Selbstverständlichkeit: Reisen ohne Passkontrolle und ohne Geldwechsel, EU-Biosiegel im Einkaufskorb, Auslandssemester per Erasmus und Fördermittel für benachteiligte Stadtteile und Regionen. Doch zur Bundestagswahl kommt immer wieder die Diskussion auf: Warum soll Europa im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen – es ging doch um innenpolitische Themen? Und ohnehin sei »Brüssel« so weit weg, undemokratisch und intransparent. Hier drei Gründe, warum wir das anders sehen:

1 Die Europäische Union ist das zentrale Friedensprojekt. Aber Europapolitik ist schon lange keine Außenpolitik mehr, sondern Innenpolitik. Denn um Frieden in Europa zu schaffen, haben sich die europäischen Staaten darauf verständigt, zentrale – bisher innenpolitische Politikfelder – gemeinsam zu bearbeiten. Das fing mit der Kohle- und Stahlgemeinschaft an, führte zum gemeinsamen Binnenmarkt, einem Europa ohne Grenzen und heute diskutieren wir über eine engere gemeinsame Wirtschafts- und Haushaltspolitik, aber auch über so ganz konkrete Dinge wie die Zulassung von Gen-Kartoffeln oder den CO₂-Ausstoß von Autos. Neben der kommunalen, Landes- und Bundesebene ist die EU also eine weitere Entscheidungsebene, auf der gerade auch innenpolitisch relevante Themen behandelt und beschlossen werden. Es gibt Schätzungen, dass fast zwei Drittel der Gesetzesinitiativen im Bundestag auf europäische Vorgaben zurückzuführen sind. Spielte sich

die Europapolitik in der Vergangenheit hauptsächlich im Europa-ausschuss des Bundestags ab, beschäftigen sich nun immer mehr die thematischen Ausschüsse mit den Europavorlagen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) decken wir deshalb auch die gesamte Themenbandbreite ab, von europäischer Migrationspolitik, über die Energiepolitik bis hin zu europäischer Justizpolitik. Innerhalb der Partei und somit auch in den verschiedenen Wahlprogrammen setzen wir uns dafür ein, die europäische Ebene in allen Themenfeldern mitzudenken.

2 Europa ist kompliziert – aber nicht per se undemokratisch. Es ist wahrlich nicht leicht, den Brüsseler Institutionendschungel zu durchschauen. Allein die Vielzahl an Akteuren verwirrt. Es gibt zahlreiche EU-Institutionen, die Mitgliedsstaaten, Lobbyverbände und NGOs und aus Deutschland hat zum Beispiel auch jedes Bundesland eine eigene Vertretung. Die EU ist kein »normaler Staat«,



Foto: SueSchi/pixelio.de

Europa: Mehr als der Krümmungsgrad von Gurken

aber auch keine internationale Organisation, sondern ein einzigartiges Gebilde, in dem das alle fünf Jahre direkt gewählte Europäische Parlament sowie die Mitgliedsstaaten im Rat die Entscheidungen treffen und die Europäische Kommission für die entsprechenden Vorschläge, die Vorbereitung und z.T. die Umsetzung sorgt.

»Brüssel« scheint für viele Menschen weit weg und bürokratisch zu sein. Dabei ist zum Beispiel das Europaparlament trans-

parenter als der Bundestag, mit der Veröffentlichung von allen Dokumenten und des Webstreamings von allen Sitzungen, inklusive der Ausschusssitzungen. Die Kommission führt vor vielen Gesetzesinitiativen öffentliche Konsultationen durch, an denen sich alle BürgerInnen beteiligen können. Und schließlich gibt es seit kurzem die Möglichkeit zur direkten Beteiligung durch die Europäische Bürgerinitiative. Aber natürlich ist die EU noch

keine perfekte Demokratie und wir Grünen kämpfen deshalb für eine weitere Stärkung des Europaparlaments, insbesondere für die demokratische Kontrolle bei den Krisenmaßnahmen, für die Direktwahl des/der KommissionspräsidentIn und für einen öffentlichen Konvent, der in einem breiten Diskussionsprozess Vorschläge zur Zukunft der EU und mögliche Vertragsänderungen unterbreitet.

3 »Die EU ist schuld« ist ein beliebter Satz in den Mitgliedsstaaten, der leider zu oft die Lage falsch oder vereinfacht darstellt. Denn die nationalen Regierungen – also unsere BundesministerInnen oder die Kanzlerin und damit auch der Bundestag – sind an allen Entscheidungen der EU mitbeteiligt. Auch die Landtage könnten sich, wenn sie denn wollten, in den europäischen Gesetzgebungsprozess mit einschalten. Nationale Regierungen spielen aber gerne »Foul«, wenn sie bei den Ratsitzungen in Brüssel entscheiden und dann zu Hause so tun, als hätten sie mit einer neuen Richtlinie nichts zu tun.

Die berühmt-berüchtigte Regelung zur Höhe der Traktorensitze wurde zum Beispiel damals von der Bundesregierung auf Druck von BäuerInnen aus Deutschland in Brüssel durchgedrückt. Genauso muss man bedenken, dass

nicht ein abstraktes Wesen »die EU« die Entscheidungen trifft, sondern die entsprechenden politischen Mehrheiten im Rat und im Europäischen Parlament. Und die Mehrheit in Europa ist momentan leider alles andere als Grün. Das fängt an bei der Kommission, deren Mitglieder vor 3 Jahren hauptsächlich von konservativ-liberalen Regierungen ernannt wurden. Das geht bis hin zu der Mehrheit im Rat, die momentan auch von den Konservativen gestellt wird und zum Europaparlament, in dem die Konservative Partei ebenfalls dominiert. Die Grüne/EFA Fraktion stellt derzeit nur 59 der insgesamt 749 Abgeordneten und leider sind wir vor allem im Süden und Osten Europas noch ziemlich schwach.

Um das zu ändern werben wir als BAG Europa für ein starkes Engagement der Deutschen Grünen in der Europäischen Grünen Partei, die u. a. kleineren Grünen Parteien unter die Arme greift.

Von Anna Cavazzini



Foto: Privat

■ Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa der Grünen

Wende in der Liegenschaftspolitik durch Rot-Schwarz verhindert

Wie wollen wir mit der endlichen Ressource öffentlicher Liegenschaften in Zukunft umgehen? Wohin steuert die Stadtentwicklung in Berlin? Wie sieht eine nachhaltige Bodenpolitik aus? Diese wichtigen Fragen diskutieren Senat, Abgeordnetenhaus und Zivilgesellschaft seit fast vier Jahren ohne konkrete Ergebnisse. Und das obwohl es bereits im Jahr 2011 einen Beschluss des Abgeordnetenhauses dazu gab: Der damalige Auftrag an den Senat war, für einen transparenten und nachhaltigen Umgang mit landeseigenen Grundstücken zu sorgen. So sollten endlich klare Kriterien und Konzepte gelten, nach denen auch wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitische Ziele realisiert werden und bei der Vergabe von Grundstücken nicht der Höchstpreis entscheidend ist.

Im Oktober 2012 hat der Senat nun ein sogenanntes Konzept für eine neue Liegenschaftspolitik vorgelegt. Kurz zuvor hatte sich im Herbst 2012 ein großes Bündnis aus der Zivilgesellschaft und ExpertInnen gemeinsam mit allen Fraktionen aus dem Abgeordnetenhaus zu einem Runden Tisch zusammengeschlossen, um einen breiten, transparenten Konsens über die zukünftige Entwicklung landes- und bezirkseigener Grundstücke zu erzielen. Dabei wurde einstimmig vereinbart, dass der Senat bzw. das Abgeordnetenhaus keine vollendeten Tatsachen schaffen, bis konkrete Verhandlungsergebnisse vorliegen. Dieses

Versprechen hat der Senat nun gebrochen.

Nur einen Monat nach dem letzten Treffen des Runden Tisches hat der Senat das Konzept vom Hauptausschuss (Ausschuss für Finanzen des Abgeordnetenhauses) zustimmend zur Kenntnis nehmen lassen. SPD und CDU haben also im Hauptausschuss Finanzsenator Nußbaums Senatskonzept zugestimmt, obwohl sie es selber heftig kritisieren und in zentralen Punkten ablehnen.

Kaum Vergaben unter Verkehrswert möglich

In folgenden Punkten haben sich Koalition und Senat aber zu unserem Entsetzen als einzig erwiesen: SPD und CDU lehnen die Forderung des Runden Tisches ab, die Zivilgesellschaft beratend an der Clusterung der Grundstücke zu beteiligen. Die Bezirke sollen die Kosten von Vorratsimmobilien allein tragen. Der Rat der Bürgermeister hatte indes zu Recht eine hälftige Teilung der Kosten zwischen Bezirken und Land gefordert. Auch unser Vorschlag, auf das Instrument des »Potenzialwerts« zu verzichten und die »Stadttrendite« nicht zu monetarisieren, wurde abgelehnt. Dadurch sind in Zukunft kaum noch Vergaben unter Verkehrswert möglich. Konzeptorientierte Ausschreibungen, die bei einem Nutzenzuwachs für die Stadt Vergaben unter Verkehrswert ermöglichen, sind in dem Beschluss nicht vorgesehen. Dem Senatsbeschluss

fehlt damit die wichtigste gesellschaftspolitische Komponente einer neuen Liegenschaftspolitik.

Damit stehen wir in der Liegenschaftspolitik wieder am Anfang. Und das im Hinblick darauf, dass es nicht mehr viele freie Flächen gibt, vor allem innerhalb des S-Bahn-rings. So gibt es auch ein wichtiges Projekt in Lichtenberg, das auf seine Realisierung wartet: AktivistInnen wollen das Gelände der ehemaligen Polizeiwache Lichtenberg umgestalten. Es sollen dort vielfältige Räume für die Menschen im Kiez entstehen. Das Lichtenberger Bezirksparlament hat sich bereits für diese Konzeptvergabe ausgesprochen, doch es ist ungewiss, ob der Senat sich überzeugen lässt, dieses vielfältige Gelände für die Lichtenberger Bevölkerung zu gewinnen.

Der Senat hat nun freie Hand sein schlechtes Liegenschaftskonzept ab 2014 umzusetzen – bis dahin wird übrigens noch das alte Verfahren »Verkauf zum Höchstpreis ohne jeglichen Anspruch auf ein Entwicklungskonzept« gelten. Wir kritisieren scharf, dass sich die Koalition derart weit von den ursprünglichen Zielen der neuen Liegenschaftspolitik entfernt hat. Damit ist eine nachhaltige und transparente Stadtentwicklungspolitik weiter kaum möglich, das hat Berlin aber definitiv nicht verdient.

VON KATRIN SCHMIDBERGER
mietenpolitische Sprecherin der
AGH-Fraktion

REZEP T



Von Sascha Clucas

Vegetarische Küche Kartoffel-Lauch-Auflauf

ZUTATEN

1 kg Kartoffeln
2 mittelgroße Stangen Porree
100 g Frischkäse
400 g Feta (aus Kuhmilch)
100 ml trockener Weißwein
2 EL Schnittlauch oder gemischte Tiefkühlkräuter
4 EL Olivenöl
Pfeffer, Salz, Zucker

ZUBEREITUNG

Den Ofen auf 230°C vorheizen. Die Kartoffeln schälen und in ca. 8mm dicke Scheiben schneiden. Die Kartoffelscheiben auf einem Blech mit Backpapier verteilen, mit Olivenöl bestreichen und die

Kartoffeln ca. 20 Minuten backen bis sie braun und weich sind. Derweil den Lauch waschen, in 12mm dicke, schräge Ringe schneiden und in einer Pfanne in Olivenöl 7 Minuten anbraten. Den Lauch mit Weißwein ablöschen, Frischkäse und Schnittlauch bzw. Kräuter dazugeben, umrühren und ein wenig köcheln lassen bis die Masse cremig ist. Alles mit Pfeffer, Salz und einer Prise Zucker abschmecken.

Die gebackenen Kartoffelscheiben in einer flachen Auflaufform verteilen und mit ein wenig Pfeffer und Salz würzen. Die Lauch-Frischkäse-Masse gleichmäßig über den Kartoffelscheiben ver-

teilen und mit dem zerbröckelten Feta bedecken. Die Auflaufform in den Ofen schieben und für 15 bis 20 Minuten bei 220°C fertig backen bis der Feta knusprig braun ist.

Gern können Sie die Würze der Lauch-Frischkäse-Masse variieren, z. B. mit Rosmarin oder Thymian.

EIN REZEP T VON
SASCHA CLUCAS



INTERVIEW



Foto: Rainer Kurzeder

»Es ist Zeit für den Grünen Wandel«

Lieber Bartosz, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Direktkandidat der Bündnisgrünen in Lichtenberg für die Bundestagswahl am 22. September! Freust du dich auf den Wahlkampf?

Herzlichen Dank! Ich freue mich schon richtig auf den Wahlkampf! Vor allem auf die vielen Gespräche und Diskussionen mit den Bürger_innen. Viele Menschen sind mit der Politik der letzten Jahre zu Recht sehr unzufrieden. Es ist jetzt meine Aufgabe unsere grünen Vorschläge zu erläutern und für den Wechsel zu werben, damit Schwarz-Gelb endlich abgelöst wird!

Wie wirst du den Wahlkampf mit den Grünen im Bezirk gestalten?

Das Ziel ist, möglichst viele Lichtenberger_innen zu erreichen. Neben den Festen im Bezirk werden wir sicherlich sehr viele Aktionen durchführen und an Info-Ständen im ganzen Bezirk präsent sein. Es sind Diskussionsrunden von Vereinen im Bezirk geplant, an denen ich teilnehmen werde. Außerdem werden wir viele Schulen, aber auch Unternehmen im Bezirk besuchen. Wir haben ein junges dynamisches Wahlkampfteam und viele engagierte Mitglieder, deshalb bin ich optimistisch, dass wir uns mit unseren Wahlkampffaktionen deutlich von den anderen Parteien unterscheiden werden.

Was hat dich bewogen, als Direktkandidat für Lichtenberg anzutreten?

Ich bin seit 2006 Mitglied bei den Grünen in Lichtenberg, war drei Jahre Kreisvorsitzender und bin seit 2011 dank der Stimmen der Wähler_innen, in der Lichtenberger BVV. Meine Motivation ist, das politische Geschehen aktiv zu gestalten und nicht nur zu verwalten. Und vor allem Alternativen aufzuzeigen. Denn es gibt in der

Politik keine alternativlosen Situationen. Das hat Frau Merkel hoffentlich spätestens beim Ausstieg aus der Kernenergie endlich verstanden. Es geht darum zu agieren und nicht nur zu reagieren.

Du sitzt schon seit 2011 für die Grünen in der Lichtenberger BVV. Welche Themen sind dir dort besonders wichtig?

Der politische Wechsel 2011 im Bezirk wird immer deutlicher: Lichtenberg wird attraktiver, für Zugezogene aber auch für neue Investoren. Alte Häuser werden saniert, neue gebaut. Diese positive Entwicklung ist erfreulich, stellt uns aber, wenn wir sie nachhaltig gestalten wollen, vor neue Herausforderungen, wie den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Denn wir brauchen bezahlbare Mieten, um Verdrängung zu verhindern und für soziale Durchmischung zu sorgen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bezirk ist sehr positiv. Es ist in unserem Interesse, dass neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstehen. Für mich gilt es, diesen Prozess der Veränderungen im Bezirk auch weiterhin kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Was muss sich nach vier Jahren Rot-Schwarz und vier Jahren Schwarz-Gelb dringend ändern?

Es gibt sehr viele Sachen, die in Deutschland schnellstmöglich angepackt werden müssen. Zu den wichtigsten gehören aus meiner Sicht die Einführung des Mindestlohnes und einer Garantierente,

denn prekäre Beschäftigung von heute ist Altersarmut von morgen. Wir brauchen gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit für Männer und Frauen. Wir müssen das sinnlose Betreuungsgeld abschaffen und mehr Geld in den Kitaneu- und -ausbau investieren, um alle Kinder frühstmöglich zu fördern. Wir wollen Kindergrundsicherung in gleicher Höhe für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen oder Rechtsstand der Eltern. Schließlich muss die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe endlich vorangetrieben werden und zwar so, dass die Kosten nicht ausschließlich auf die Endverbraucher_innen abgewälzt werden.

Warum sollen Lichtenberger Bürger_innen am 22. September GRÜN wählen?

Gehen Sie alle wählen! Überlassen Sie die Entscheidung nicht den anderen. Wenn Sie für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland stehen, wenn Ihnen Ihre Zukunft und die Zukunft Ihrer Kinder, Gleichberechtigung, der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, bezahlbare Mieten, nachhaltige Entwicklung und Umwelt wichtig sind, wählen Sie Grün. Und bevor Sie sich nach der Wahl schwarz ärgern, wählen Sie lieber mit beiden Stimmen GRÜN! Es ist Zeit für den grünen Wandel.

Vielen Dank! Wir freuen uns gemeinsam mit dir auf den Bundestagswahlkampf 2013!

VON
STEFANIE SCHRECKENBACH

ZUR PERSON

Bartosz Lotarewicz (30) ist gebürtiger Pole. Als BVV Mitglied ist er Vorsitzender des Ausschusses Wirtschaft und Arbeit und Mitglied in den Ausschüssen JHA, RBBV

und Integration. Derzeit steht er kurz vorm Abschluss seines Masterstudiums »Nonprofit Management and Public Governance«, Twitter: @bartosz_lo

KONTAKT

KREISVERBAND GESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90/Die Grünen Berlin Lichtenberg
Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin
Tel. +49 30 32534239, Fax +49 30 40036820
info@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de
Ansprechpartner: Tobias Schwarz
Sprechzeiten: Mo 15-19 Uhr

VORSTAND

Maik Clucas, Sascha Clucas, Paul Homrighausen,
Nora Irrgang, Eva Molau, Stefanie Schreckenbach
vorstand@gruene-lichtenberg.de

BVV-BÜRO

Bündnis 90/Die Grünen
Rathaus Lichtenberg, Zimmer 5
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
Tel. +49 30 60057349
Fax. +49 30 60057350
bv-fraktion@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de/bv-fraktion/
Ansprechpartner: Jan Dewitz
Sprechzeiten: Mo 15-18 Uhr, Do 10-13 Uhr

BEZIRKSVERORDNETE

Michael Heinisch, Bartosz Lotarewicz,
Camilla Schuler, Henriette van der Wall